

Signatur:	2026.SR.0286
Geschäftstyp:	Postulat
Erstunterzeichnende:	Chantal Perriard (FDP)
Mitunterzeichnende:	-
Einreichtdatum:	3. September 2026

Postulat: Fahrleitungsfreie Untere Altstadt prüfen

Prüfauftrag

Es sei zu prüfen, ob und auf welchen Abschnitten in der Unteren Altstadt künftig ganz oder teilweise auf Oberleitungen und Fahrleitungsmasten des öffentlichen Verkehrs verzichtet werden kann. Dabei sind insbesondere die technischen Möglichkeiten moderner Fahrzeuge, die betrieblichen Anforderungen von BERNMOBIL sowie die Anforderungen an das Ortsbild, den Denkmalschutz und den Schutz des UNESCO-Welterbes zu berücksichtigen.

Insbesondere sei zu prüfen, ob die bevorstehenden Sanierungen der Nydegg- und Untertorbrücke genutzt werden können, um bestehende Fahrleitungsinfrastruktur nicht mehr oder nur noch teilweise zu erneuern und damit eine fahrleistungsärmere oder fahrleitungsfreie Lösung für Teile der Unteren Altstadt zu ermöglichen.

Begründung

Die Untere Altstadt gehört zum UNESCO-Welterbe und weist einen besonders sensiblen historischen Stadtraum auf. Oberleitungen und Fahrleitungsmasten dienen dem zuverlässigen Betrieb des öffentlichen Verkehrs, prägen gleichzeitig aber auch das Erscheinungsbild der Gassen, Plätze und historischen Bauwerke.

Die technische Entwicklung bei elektrisch betriebenen Bussen eröffnet zunehmend Möglichkeiten, einzelne Streckenabschnitte ohne permanente Fahrleitung zu befahren. Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Sanierungen der Nydegg- und Untertorbrücke stellt sich deshalb die Frage, ob die bestehende Fahrleitungsinfrastruktur in der Unteren Altstadt weiterhin im heutigen Umfang erforderlich ist. Besonders naheliegend ist diese Prüfung, weil während der Sanierung der Nydeggbrücke die Buslinie 12 über die Untertorbrücke umgeleitet werden soll. Bevor bestehende Oberleitungen und Fahrleitungsmasten im Rahmen der Sanierungen erneuert oder ersetzt werden, sollte deshalb geklärt werden, ob auf einen Teil dieser Infrastruktur dauerhaft verzichtet werden kann.

Dringlichkeit

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.